

## Krise 2011

### Einstieg:

#### 4 Jahre staatliche Krisenbewältigung – und ihr Ergebnis: „Krise ist zurück“.

Phänomenologie dazu: Kurse brechen ein, erst von Staatstiteln, dann von Aktien; Flucht in Gold, Schweizer Franken: Banken leihen sich nichts mehr; allgemeines Misstrauen in Wertpapiere und Schuldtitel.

#### Art, das öffentlich zur Kenntnis zu nehmen, widersprüchlich:

*Einerseits:* „Märkte spielen verrückt“; Regierung geben Ratingagenturen die Schuld, kritisieren den allgemeinen Kursverfall als Übertreibung.

*Andererseits* Verständnis: *Ist* ja auch so: Staatsverschuldung ist *zu hoch*, da ist es kein Wunder... Dem negativen Urteil der Märkte über die Staatsschuldtitel wird letztlich *Recht gegeben*.

Und das nicht nur durch die Öffentlichkeit, vielmehr auch und vor allem durch die betroffenen Staaten *selbst*. **Inzwischen durchgesetztes Urteil:** Grund der neuerlichen Krise: Schuldenpolitik der Staaten in der Vergangenheit.

Rezept dagegen: Allseitiges *Sparen*.

**Auch da widersprüchliches Urteil:** *Einerseits* als absolut notwendig anerkannt; *andererseits:* Gift für die Konjunktur. Sparkurs der Staaten macht zartes Pflänzchen Wachstum kaputt, neue Rezession droht...

### Was ist da los?

#### Das will ich in 3 Kapiteln abhandeln:

**A.. Was heißt eigentlich, Europas Staatsschulden sind zu hoch. Zu hoch für wen? Und für welchen Zweck?**

**B. Praktiziert** wird das Urteil, dass die Staatsschulden zu viel sind, von den Finanzmärkten als spekulative Entwertung solcher Titel. Wie spielt sich das derzeit in Europa ab? Wie stellen sich die europäischen Staaten dazu – und warum?

**C. Das europäische Krisenbewältigungsprogramm hat bekanntlich zwei Abteilungen. Die eine ist: Es wird eine riesige Menge neuer europäischen Kredits geschaffen – im sog. Rettungsschirm. Die andere ist: Gegen Griechenland, aber auch anderen potentiellen Pleitekandidaten wird ein beispielloses Verarmungsprogramm durchgezogen. Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Wie folgen beide Seiten aus dem Programm von Deutschland und Frankreich, den Euro zu retten und dabei ihre eigene Kreditmacht zu stärken?**

#### I. Beispiel Griechenland: Da sieht die Sache ja eindeutig aus:

- Die Haushaltsschulden des Staates sind zu hoch, als dass die Regierung noch für ihre Bedienung geradestehen könnte. Der Staat ist praktisch *zahlungsunfähig*.

#### Wie kommt diese Zahlungsunfähigkeit praktisch zustande: Wie immer beim Kredit:

- Die *Finanzmärkte*, die *Gläubiger Griechenlands* sind nicht mehr bereit, die Bezahlung von Zinsen und fälligen Forderungen mit neuen Krediten und der Vermarktung neuer Staatsanleihen zu finanzieren.

**Das ist nämlich nicht nur hier das übliche Verfahren beim Kredit:** Er wird *fällig*, und wird als Geschäftsbeziehung zwischen Gl und Sch so aufrechterhalten, dass das Kreditverhältnis fortgesetzt wird, der alte Kredit, wie es so schön heißt, durch neuen *abgelöst* wird.

(Das Sachgerechte des Verfahrens: Banken wollen ja nicht ihr Geld zurück, sondern an dessen Verleihen *verdienen*).

D.h.: Die Zahlungsunf. Gr. kommt darüber zustande, dass die *Fm* sich entscheiden, Griechenland ihren Kredit zu *entziehen*, ihm keinen mehr zu geben. **Sie selbst sind das Subjekt dieses Befundes:** Indem *sie* die Verlängerung des Kredits verweigern oder dessen Kosten so hoch setzen, dass sie *selbst* nicht mehr daran glauben, dass Gr. die noch bezahlen kann, *stellen* sie dessen Zahlungsfähigkeit *her*.

**Ein erster Schluss daraus: Zu hoch ist die griechische Staatsverschuldung also fürs Finanzkapital, nämlich für dessen Rechnungen mit Sicherheit und Rendite seiner eigenen Handelsware, der**

## Schuldbriefe aus Athen.

1. Was ist der *Gehalt* dieses Befundes: Stsch zu hoch?
2. Was lässt sich aus diesem Befund auf das politök. Verhältnis von Staaten und Fk schließen?
3. Wie wird aus diesem Urteil eine Krise des Kredits?

### 1. Zum Gehalt dieses Befunds:

**Für die Entscheidung, Griechenland keinen Kredit mehr zu geben, haben die Banken einen Grund:**

Sie machen nämlich bei dem Kreditnehmer Griechenland, was sie bei ihren Schuldnern immer machen:

Sie beurteilen die *Kreditwürdigkeit* dieses Landes.

### Was machen die Banken da:

**a) Sie taxieren die Einnahmen und Ausgaben ihrer Schuldner;**

im Fall eines Staates also Steueraufkommen und Wirtschaftswachstum auf der einen, Kosten der Staatstätigkeit und aufgelaufene Verbindlichkeiten auf der anderen Seite.

**b) Sie verlängern ihre Befunde in die Zukunft:** Fragen sich also: Wie werden sich diese Einnahmen und Ausgaben weiter entwickeln?

**Dabei berücksichtigen sie die verschiedensten Faktoren;** nicht zuletzt ihr Urteil über die Politik der Regierung und deren Personal: Wie sieht deren Haushaltspolitik aus, sprich: Wie kümmern die sich darum, dass Einnahmen reinkommen, mit denen sie ihre Schulden bedienen können?

**Das klingt auf den ersten Blick ganz harmlos; ist es aber nicht.** Man muss sich mal klar machen, welchem Gesichtspunkt die staatliche Politik da unterworfen wird. Alles, was ein Staat so macht, wie er sein Land bewirtschaftet, wem er was zahlt, Renten oder Löhne, von wem er was kassiert: Das alles interessiert das Finanzkapital unter einem schlichten, aber harten Gesichtspunkt: Reicht das, damit *unsere* Vermögensansprüche bedient werden? Für sie ist der Staatshaushalt *eine Verdienstquelle*; sie haben dem Staat Geld geliehen; also beurteilen sie ihn auch so: Was taugt er als solche?

**Aus ihren Ermittlungsergebnissen leiten die Finanzinstitute ihre Entscheidungen ab.** Im Fall Griechenlands sind sie zum Ergebnis gekommen, dass bei diesem Staat das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen, Ausgaben und deswegen nötiger Kreditaufnahme nicht in Ordnung ist und sich weiter verschlechtern dürfte.

**Für sie ist der griechische Staat kreditunwürdig, und damit ist er zahlungsunfähig.**

**Und so ist es auch ganz in Ordnung:**

**Für Banken, die aus Geldbedarf ihrer Kundschaft ihren Gewinn ziehen,**

sind die finanziellen Fähigkeiten eines Schuldners nicht einfach eine Frage der Geldeinnahmen und -ausgaben, die er jetzt gerade *hat*. Sondern von der *Bewertung* seiner zukünftigen Willens und seiner Fähigkeit abhängig, zu seinen Verpflichtungen zu stehen.

**Das gilt erst recht bei Staaten: Die haben** den Finanzmärkten ja kein Geschäft, sondern ihre Herrschaft über ein nationales Geschäftsleben als Sicherheit zu bieten.

Was ihre ökonomische Basis hergibt, das Wachstum des Kapitals, die Geldeinkünfte ihrer Insassen: Das alles taucht in dieser Rechnung als **Kriterium** dafür auf, dass sie ihre Verpflichtung gegenüber den Finanzern erfüllen können.

**Übrigens: Das Staaten das wollen – das steht gar nicht in Frage. Dieses ganze Einschätzungswesen des FK geht ganz selbstverständlich davon aus, dass die verlässliche Bedienung des Kredits der eine Haushaltsposten ist, an dem kein Staat rütteln will.** (wie taucht das z.B. aktuell in der dt. Haushaltsdebatte auf: Der 2.größte Haushaltsposten: Schuldenbedienung) **Umgekehrt: Alle anderen Ausgaben haben sich dem Gesichtspunkt zu unterwerfen, ob sie dieser Bedienungsfähigkeit nützen oder schaden. Das ist nicht bloß in der Krise so, sondern immer. Das ganze Leben und Arbeiten in der Gesellschaft den Berechnungen des FK zu unterwerfen – das ist die Leistung der Staatsgewalt, ihre Tat. Und das macht sie nicht wg. Liebedienerei an die Banken, sondern für sich: Weil ihre Geldmacht davon abhängt, dass das K ihr Kredit gibt.**

**Das bekommt man in der Krise nur deshalb so extrem mit, weil es immer schon vorher so war!**

Die finanzielle Handlungsfreiheit der Staatsgewalt, also: Was sie an Mitteln zur Verfügung hat, um ihre politischen Zwecke in die Tat umzusetzen - das hängt eben von ihrer *Kreditwürdigkeit* ab: Vom Ausgang dieses Urteils des FK über den Haushalt.

**So ist das in diesem Laden eingerichtet; so geht Haushaltspolitik in Staaten, die sich der kap. Pw als ihrem Lebensmittel verschrieben haben.**

**Die Kreditwürdigkeit des Staates ist also eine *Ermessensfrage des FK*:**

Die wirft das internationale Kreditgewerbe nicht bloß einmal, sondern permanent auf und beantwortet sie nach kritischer Prüfung von Chancen und Risiken.

**Insofern gilt für sie – und deswegen gilt auch für die Fachwelt und die Politik selber – die Haushaltsführung eines Staates als *Ursache seiner Überschuldung*.**

„Ursache“ eben in dem erläuterten Sinne: Wenn das Fk über die Zahlungsfähigkeit bzw. die Kreditkosten eines Staates *entscheiden*, dann sind

1. die *Quellen*, aus denen der Staat diesen Kredit bedient, und deren *erwartete Entwicklung* deren maßgebliches *Kriterium*.
2. *Was* diese Kriterien jeweils *zählen*, das entscheiden *sie* gemäß ihrem eigenen Geschäftsstand.

**Jeder nachfolgende europäische Problemfall macht das noch deutlicher:** Was Irland und Portugal an den Rand des Bankrott treibt, was mittlerweile die Zahlungsfähigkeit Spaniens und Italiens gefährdet, das ist kein unvermutetes *neues* Defizit im Haushalt dieser Länder – die Lücken im Staatshaushalt werden im Gegenteil mit massiven Sparprogrammen gesenkt –, sondern die von Woche zu Woche oder sogar täglich revidierte Einschätzung des Risikos, mit dem Finanzinvestoren da zu rechnen haben.

**- Genau so stellen die Banken die Lage her, dass die Staaten dann tatsächlich zahlungsunfähig sind:**

Denn: *Ihr* Risiko, d.h.: Die Gefahr, dass die Staaten nicht zahlen können – die ändert sich ja dadurch, was sie selbst treiben.

**Sie selbst verändern den Wert ihrer Finanztitel durch ihre Spekulation; dadurch *produzieren sie den allgemeinen Stand des Kredits, den sie dann wieder bewerten*.**

*Das* nehmen die Öffentlichkeit und die amtierenden Verantwortlichen in den betroffenen Ländern so wahr wie oben angesprochen. Diese Seite der Entscheidungsfreiheit machen sie zum Thema, wenn sie sich über die Ungerechtigkeit der Rating-Agenturen beklagen, die die nationalen Sparanstrengungen nicht würdigen, und über den Irrsinn der Märkte, die von einer Übertreibung in die nächste fallen. Damit handeln sie sich dann den Gegenvorwurf verantwortungsloser Schuldenmacherei in der Vergangenheit ein; und so geht die Diskussion der Schuldfrage ihren Gang.

**2. Was ist die handfeste Grundlage dieses Streits um die Schuldfrage?**

Wenn Staaten sich *jetzt* beschweren, dass sie von den Märkten zu Unrecht abgestraft werden – dann gehen sie ganz selbstverständlich davon aus, dass sie das Geschäft des Finanzkapitals mit Schuldtiteln in der Vergangenheit ganz selbstverständlich *genutzt haben*, um jeden zusätzlichen Geldbedarf zu decken.

**a) Zusätzlich – d.h.: Über das hinaus, was der Staat an Steuereinnahmen** vom Einkommen seiner Bürger einkassiert. Neben und zusätzlich zu diesen Einnahmen ist das Geschäft des Fk die zweite Einnahmequelle des Staates. Und dies nicht nur manchmal, sozusagen als Lückenbüßer, vielmehr als fest eingeplante Finanzierungsquelle.

Für seine Kreditaufnahme hat der Staat einen guten Grund. Steuern nötig, zugleich *Abzug* vom Einkommen seiner Bürger. Dieses Einkommen zugleich *Wachstumsquelle*. Steuern immer der Widerspruch: Staat will mit aller Macht Wachstum fördern und nimmt dafür die Quellen des Wachstums in Anspruch.

**Kredit: Verschafft ihm *Freiheit* für Wachstumsförderung durch *Vorgriff* auf zukünftige Wachstumserträge.**

**b) Das Kreditgewerbe steigt gerne auf dieses Interesse der Staaten ein:**

Es liefert Finanzmittel, schreibt sich die Forderungen an den Staat als zinstragendes *Geldkapital* in seinen Vermögensbestand und vermarktet sie als Quellen eines Vermögenszuwachses.

**So wird aus den Schulden des Staates Kapital, sich vermehrender Geldreichtum in den Händen der Geschäftswelt bzw. aller, die ihr Geld so anlegen.**

**Die Finanzinstitute stellen die Ware bereit, die die Staaten brauchen, nämlich das Geld von Investoren;** sie decken den Bedarf – und zwar im Prinzip jeden, gemäß ihrem Risikokalkül –, den die Staaten bei ihnen anmelden, aus eigenen Mitteln und aus dem Weiterverkauf von Wertpapieren.

**c) So bringen sie Staatsschulden als Geldkapital in Verkehr, und zwar in großen und immer größeren Mengen:**

- Nicht nur, weil die Staaten sich gerne dieser Art der Finanzierung ihrer vielen Aufgaben bedienen.

Sondern auch, weil Banken und Geldanleger Staaten aufgrund ihrer Hoheit über einen nationalen Kapitalismus als **besonders sichere Schuldner schätzen.**

**Kredit auf Hoheit: Rückzahlung nicht unmittelbar abhängig vom Gelingen eines privaten Geschäfts, sondern von Kommandogewalt über die Gesamtheit der Geschäfte; Einnahmen = Hoheitsfrage, Sache eines Beschlusses! (Das kann so keiner sonst!)**

**d) Was bei den Banken als Kapital, als Vermögen existiert, sind also lauter Forderungen an die Staaten, lauter Schulden von denen. Die sind für das Bk Kapital, weil sie einen Überschuss abwerfen.**

- Dieses Geschäft zwischen Fk und Staaten steigert das Volumen des Kreditgeschäfts und seine Wachstumspotenzen enorm.

- Und die Staaten verfügen über zusätzliches Geld zur Erledigung ihrer diversen Aufträge.

**Also ein durch und durch gedeihliches Verhältnis zu beidseitigem Nutzen.**

**3. Was die Finanzmärkte jetzt den Staaten als Überschuldung vorrechnen, ist also ihr gemeinsames Werk.**

**Das ist immer so; die jetzige Akkumulation von Staatschuldtiteln in den Vermögensbeständen der Banken hat aber noch einen besonderen Grund:**

**a) Was haben Staat und Finanzkap denn in den letzten Jahren gemacht:**

- Staat ist 2008 als Retter auf den Plan getreten, hat mit seinem politischen Kredit die *Banken* zahlungsfähig gehalten.

- **Der Staat hat die Banken mit Kredit gerettet;** d.h. Er hat den Banken, seine Schuldscheine als gute, verlässliche Vermögenswerte angeboten, als Ersatz dafür, dass ihre eigenen Schuldtitel in der Krise entwertet wurden.

**Und die Banken:** Die haben diese Kredititel des Staates genommen - in dieser Eigenschaft als verlässliche Vermögenswerte, wo ihre eigenen, selbst geschaffenen nicht mehr taugen.

**Sie haben die zusätzlichen Titel vermarktet und als ihr Geschäftsmittel genutzt.**

**Haben dadurch ihre Leistungsfähigkeit zum Kreditschöpfen wieder gewonnen, die ihnen in den Krise abhanden gekommen war.**

Haben *auf Grundlage* und *mit* dem staatlich neu geschöpften Kredit weiter ihr Finanzgeschäft gemacht.

**b) Wenn sie das Ergebnis von 4 Jahren Finanzgeschäft jetzt als Überschuldung kritisieren und ihren schlechtesten Schuldnern zur Last legen, dann beurteilen sie damit diese ihre eigene Leistung als zu groß:**

Mit dem gewerbsmäßigen Gebrauch öffentlicher Schulden hat das Finanzkapital *sein Wachstum* so weit getrieben, dass ihm angst und bange wird beim Blick auf die Schuldner, die mit ihrer Zahlungskraft für diese Akkumulatio von Schulden gerade stehen müssen.

**Sie haben im Geschäft mit den öffentlichen Gewalten zu viel Geldkapital akkumuliert – zu viel, um einfach so weiter zu machen, also zu viel für ihren Geschäftszweck.**

**So nimmt das Finanzkapital zur Kenntnis, dass die Krise, in die es vor Jahren sein eigenes Geschäft und seinen eigenen Reichtum gestürzt hat, durch die hilfreiche Intervention der Politik überhaupt nicht bereinigt, sondern bloß verstaatlicht worden ist.**

**c) Nun richten sich ihre Zweifel an die Geschäftsstauglichkeit der staatlichen Finanztitel gegen die Grundlage ihrer Wieder-Ermächtigung:**

Die *Herkunft* dieses Staatskredits, der *Grund* für die gewachsene Staatsverschuldung interessiert sie gar nicht weiter. Sondern wie immer bei Kredit: Weil *wir* so viel Ansprüche gegen die Staatshaushalte akkumuliert haben, ist es fraglich, ob *die* die alle bedienen können.

**Kleines Zwischenfazit in Sachen „Was lernen wir daraus“:**

1. Wer die Kumpanei zwischen Staaten und Finanzkapital kritisiert, sollte auch deren *Grund* zur Kenntnis nehmen. Diese politischen Gewalten leben von Kredit des FK; davon, dass deren Geschäft mit Kredit klappt, Gewinne abwirft, und zwar auf mwachsender Stufenleiter. Das hat nichts mit Gier zu tun, so geht Kapitalismus: Kapital *ist* nur Vergütiger gesellschaftlichen Reichtum, wenn es mehr wird. Das ist kein Missgriff des Staates, keine Verfehlung gegenüber einem eigentlichen Zweck der Volksbeglückung, den er hätte: Das ist die logische Konsequenz und Verlaufsform dessen, dass ihre ganze Politik der Vermehrung privaten Reichtums, des Kapitals dient. Dessen Wachstum ist Quelle und Mittel ihrer Macht. Deswegen verpflichten sie sich auch bei der Beschaffung ihres eigene Geldbedarfs darauf, dies so zu machen, dass es dem privaten Geschäft nützt.

2. Der normale Mensch und abhängig Beschäftigte kommt in dieser Kumpanei immer schon vor. Was heißt es denn *für ihn*, wenn der Staat seinen Haushalt an den Gesichtspunkten der Wachstumsförderung zwecks verlässlicher Kreditbedienung orientiert? Dann ist er in der Doppelrolle vorgesehen, erstens als Leistungsträger für das Wachstum des Kapitals gerade stehen zu müssen und zweitens mit möglichst spärlichen staatlichen Zuwendungen auszukommen, die auf keinen Fall den Haushalt belasten dürfen. Genau damit, dass das deutsche Volk sich in dieser Frage alles gefallen lässt, gibt die Merkel an, wenn sie den Deutschlands Leistungen als Exportnation für dessen guten Stand an den Kreditmärkten lobt und sagt, da dürfen wir nicht locker lassen. Mehr dazu im Folgenden!

**B. Der Verlauf der Krise in Europa und die Reaktion der maßgeblichen europäischen Mächte darauf**

**I. 1. Indem sie ihre *Schuldner* kritisch vergleicht, betätigt sich die Branche zugleich als praktischer Kritiker *ihrer eigenen, bisherigen Geschäftstätigkeit: Sie entwertet mit ihrer Spekulation gegen die Staatsschuldtitle ihr eigenes Kapital, ihr Geldvermögen, das sie in Gestalt dieser Papiere hält. Sie selbst dezimiert also ihren eigenen Kapitalreichtum, indem sie die Kurse der Papiere in den Keller stürzen lässt.***

Die immanente Logik der Spekulation *gegen* Finanztitel ist die gleiche, mit der vorher *auf sie* spekuliert wurde – bloß umgekehrt. Wert der Papiere = 1. der Zins, der draufsteht. Durch das Zinsversprechen *wird* aus einer Geldsumme Kapital: Geld, das mehr wird. 2. der Preis, der für ein solches Papier am Markt gezahlt wird.

**In Europa** nimmt diese Entwertung den Verlauf, dass die Kreditwirtschaft dieses Misstrauen *selektiv* handhabt. Sie betätigt ihr Misstrauen gegen das Zuviel an Staatsschulden einstweilen nur gegenüber einigen Staaten: Indem sie entweder die Papiere bestimmter Euro-Staaten gar nicht mehr oder nur zu extrem schlechten Konditionen abnehmen.

**Sortierung von Titeln nach Risiko und Ertrag auch nichts Krisenspezifisches:** Je riskant, desto teuer: Übersetzung des Risikos in Preise tagtägliches Geschäft der Börse.

**Das Besondere in Europa: Vor der Krise haben die Banken da gar keinen großen Unterschied gemacht zwischen Titeln von Gr und Dt: Wo Euro drauf stand, ist auch Euro drin, gute, harte Währung.**

**Der Standpunkt ist jetzt gekündigt. Gucken sich die *Einzelstaaten* neu als Schuldner an. Komm ich noch drauf zurück, hier nur erstmal der Sachverhalt benannt.**

Mit dieser Aktion entwerten sie nicht bloß die neuen Titel, sondern die Gesamtmasse der Papiere dieser Staaten, die im Markt sind: *Sie alle* repräsentieren mit einem Schlag weniger Kapital, als deren Eigentümer ehemals dafür hingelegt haben. Überzählig und deswegen als Geldanlage untauglich sind also keineswegs nur die neuesten Schuldscheine. **Der Befund einer Überschuldung betrifft den Gesamtbestand aufgehäufter Forderungen.**

**II. Wenn das Kreditgewerbe mit dieser Sortierung ihrer Anlagen in erst einmal angefangen hat, hört es so schnell nicht auf.**

**a) Warum läuft das Ganze als Kettenreaktion ab?**

Das hat mit Herdentrieb, Übertreibung nichts zu tun; das hat seinen Grund in dem, *womit* die Branche ihr Geschäft macht: Kredit. Rechtstitel auf Ertrag, die in der Tat immer nur soviel Wert sind, wie man am Markt dafür bekommt; also auch nur solange Wert sind, wie man was dafür bekommt. Das ist die polök. Eigenart ihres Handelsartikels, der sich hier geltend macht.

**Die Branche folgt einer immanenten Notwendigkeit ihres eigenen Geschäfts:**

**Märkte agieren im Sinne einer sich selbst bestätigenden Diagnose:**

Wo die Misstrauenserklärung gegen einen staatlichen Kunden sich als berechtigt erweist, indem sie von den Märkten geteilt und in einer Wertminderung seiner Anleihen beziffert wird – da ist *Vermögen weg*.

*Also* wird bei den nächsten Schuldnern umso genauer hingeschaut – ob das da evtl. auch droht. Da will

a) keiner der Letzte sein, der aussteigt, und bei dem der Schaden hängen bleibt.

b) *Auf der Grundlage* lässt sich aber auch mit fallenden Kursen ein Geschäft machen (die sind also nicht der Grund!!).

Den Trend bestätigen noch die Instanzen, die *getrennt* vom laufenden Börsengeschäft dess wahrscheinliche Entwicklung in quasi-objektiven Bewertungen festhalten: Rating-Agenturen.

**So ergreift die Zahlungskrise immer mehr Staatshaushalte.**

**3. Das mindert das Kapitalvermögen der Finanzwelt selber, und zwar im doppelten Sinn:**

a) Der bezifferte Reichtum schmilzt zusammen, damit schwindet die Potenz der Branche, Geschäfts- und Staatenwelt mit Kredit zu versorgen: Sie *haben* weniger Geschäftsmittel!

b) Deshalb wird man vorsichtiger, verweigert die Überlassung von Liquidität auch untereinander:

Griechische Banken bekommen schon seit Jahren von deutschen und anderen europäischen Geldhäusern keinen Kredit

c) Neuerdings leihen auch die sich untereinander nicht mehr wie gewohnt, was sie für ihren Zahlungsausgleich brauchen.

**So beschränken die Banken ihr eigenes Geschäftsvolumen und wechselseitig das ihrer Partner.**

Soweit dessen Zunahme die Grundlage für die Emission von Wertpapieren der Kreditinstitute selber war, wird auch deren Wert zweifelhaft. **So zieht ein Vermögensverlust den nächsten nach sich.**

Der Mechanismus der Wertschöpfung durch Akkumulation, das banale Geheimnis der ökonomischen Macht des Finanzkapitals, wirkt umgekehrt als *Verallgemeinerung einer Kettenreaktion*, bei der Misstrauen Reichtum kostet und verschlechterte Bilanzen Geschäft zum Erliegen bringen.

**Der gesamten Branche, in der alle Akteure als Schuldner und Gläubiger, Emittenten und Investoren zugleich handeln und voneinander abhängen, droht die Krise:**

- der Umschlag einer von misstrauischer Berechnung diktierten *Verweigerung und Kündigung* von Krediten und Finanzgeschäften und der kalkulierten Abschreibung von Vermögenswerten

- in eine um sich greifende *Unfähigkeit*, für die Verwandlung von Schulden in Geldkapital einzustehen.

**III. So etwas droht in der Euro-Zone. Und der Fall darf auf keinen Fall eintreten.**

**Die Gefahr dieses Umschlags ruft die Politik auf den Plan. Darum soll es im Folgenden gehen.**

Das will ich speziell an den Maßnahmen erläutern, die in Europa zur Rettung des Euro unterwegs sind. In den USA ist ja auch die Diagnose unterwegs, die hätten zuviel Schulden; das nimmt da aber einen etwas anderen Verlauf, wäre ein eigenes Thema.

**Seit die Staatsschuldenkrise mit Griechenland ihren Anfang nahm, steht für die maßgeblichen Politiker Europas folgende drei Dinge fest:**

- Griechenland einfach pleite gehen lassen kommt nicht in Frage
- die Eurozone, der Verbund der Staaten mit diesem gemeinsamen Geld muss bestehen bleiben
- Deshalb muss eine *gemeinsame Kraftanstrengung aller europäischer Staaten* her, um zu verhindern, dass die Krise Griechenlands auf dem Wege einer Kettenreaktion auf ganz Europa übergreift und den europäischen Kredit, den Euro insgesamt beschädigt.

Diesen Standpunkt hält Merkel auch gegen wachsende Kritik aus den eigenen Reihen durch.

**Was haben sich die Euro-Staaten, allen voran Deutschland und Fr, sich da vorgenommen? Worum geht's ihnen da?**

**1. Merkel und Sark stellen unmissverständlich klar: *Wg. Griechenland, um denen zu helfen machen sie die ganze Rettungsaktion nicht:***

**Da steht das Urteil fest: *Die*** haben über ihre Verhältnisse gelebt, missgewartet; um die wäre es nicht *für sich genommen* nicht schade.

**Die Politik schließt sich dem praktischen Urteil der FM uneingeschränkt an:** Wenn *die* den Kredit Gr entwerten, dann liegt das an verfehlter *gr. Politik*.

**Und das ist nicht einfach ein politökonomisches *Fehlurteil*.**

In dem Schuldspruch: Das liegt an denen, steckt nämlich schon das ganze Programm in der Frage, *wie* Dt und Fr der Krise beikommen wollen.

**Der Schuldspruch an Gr. ergeht vom Standpunkt des Nationalismus der Konkurrenz:** Das FK straft *die* ab und nicht *uns*; also muss sichergestellt werden, dass *das so bleibt* – die Krise nicht auf die Führungsmächte übergreift.

**Diesen Standpunkt teilen beide Seiten des pol. Streits. Beiden Seiten geht es darum: wie kommt *Dt.* unbeschädigt aus der Krise?**

**2. Um *die* wär's nicht schade, aber *wir* sind betroffen: So stellt Merkel klar: Es geht um Höheres. Nämlich darum, dass und wie das *Gesamtprojekt Europa* weiter geht.**

**Erstens politisch:**

**a) Um *dieses Projekt* voranzubringen, haben die europäischen Staaten – maßgeblich die europäischen Großmächte Deutschland und Fr – damals den gemeinsamen *Währungsraum* geschaffen.**

**Das Projekt:** Ein einheitlicher Wirtschaftsraum Europa, in dem die Staaten im gleichen Geld wirtschaften, als wichtige ökonomische Basis für den Aufstieg Europas zur Weltwirtschaftsmacht und zu einer *politischen Macht*, die von gleich zu gleich mit den USA konkurrieren kann.

**Der Euro, das neue gesamteuropäische Geld ist als ökonomischer Hebel für das *imperialistische Projekt Europa* gedacht und in die Welt gesetzt.**

Gegenüber *diesem* weitreichenden politischen Anspruch: Zu einer Weltmacht aufzusteigen, die endlich „auf Augenhöhe“ mit der Supermacht USA **in der Weltpolitik ihre** Interessen geltend machen kann – ist es in der Tat ziemlich kleinkariert gedacht – da hat die Merkel aus ihrer Sicht, als Führungsfigur der Großmacht Dt. völlig Recht – wenn Politiker und Experten jetzt in der Krise sagen, soll Gr. doch einfach austreten, auf *deren* Wirtschaftskraft kommt's doch nicht an. Selbst wenn das die politökonomische Wahrheit wäre - : Das rüttelt an den Grundlagen des *politischen Gesamtkonstrukts Europa*: Der Vereinbarungen zwischen den Staatsgewalten, wie sie es mit der Bewirtschaftung Europas in Zukunft halten wollen, welchen politischen Zwecken sie dienen soll.

**Was sieht man daran; was stellen die Politiker damit klar:** Ja – das Geld der Nation: Das ist eben nichts bloß Ökonomisches, so ein nützliches Tauschmittel für den praktischen Gebrauch der Euro-Zonenbewohner. Das *ist* der Reichtum der Nation; an dessen Wucht und kapitalistischer Tauglichkeit hängt, was eine

Staatsgewalt so vermag. *Deshalb* kommt es nicht in Frage, dass der Euro in irgendeiner Weise durch die Krise beschädigt wird.

**Man sieht also, was die Führungsfiguren Europas in der und gegen die Krise zu verteidigen haben: Nichts Geringeres als ein Geld, das ihnen die Macht verleiht, als Weltmacht aufzutreten, den Gang der Weltpolitik maßgeblich zu bestimmen, anderen Staaten zu sagen, wo es lang geht, auch mal etwas in Libyen einen kleinen Krieg anzufangen...**

#### **b) Die politökonomische Seite davon: Gesamtkunstwerk Euro**

**Die Euro-Staaten wirtschaften im gemeinsamen Geld; für den *Kredit*, den sie zwecks Bewirtschaftung ihres Standortes aufnehmen, haftet aber jeder für sich mit seinem Wachstum. So ist das in der Eurozone eingerichtet.**

**Das ist ja auch 10 Jahre gut gegangen: FK hat das Angebot Euro angenommen, daraus eine Weltwährung gemacht.**

#### **Daran sieht man das Konkurrenzmäßige dieses Projekts:**

Da betätigt sich nicht ein gemeinsames staatliches Standort- und Wachstumsinteresse; was jeder Staat vom gemeinsamen Geld *hat*, hängt ganz daran, wieviel er auf seinem Standort an Wachstum zustande bringt.

Dieses Prinzip haben sich die Staaten dann sogar noch in den MK verpflichtend aufgeschoben!

**Das Ergebnis ist ja dann auch eindeutig ausgefallen:** Die Wirtschaftsmacht *Deutschland* hat sich mit dem Euro gestärkt, die sog. Peripheriestaaten haben als Wachstumsmittel für dt./frz. Kapital und Banken getaugt und bleiben jetzt auf den Schulden sitzen, die sich dafür gemacht haben.

**Das ist die gute Nachricht für Dt. Die schlechte: Wenn *ein Schuldner im Euro ausfällt, ist deshalb nicht bloß dieser Staat pleite. Ein großer Batzen des Kredits ist kaputt, in dem alle anderen auch wirtschaften.***

**Und dann ist die Frage ist in der Welt: Wie verlässlich ist das Gesamtkunstwerk?**

**Auch wenn regierende Nationalisten für die *Schuldner, Griechenland & Co, keinen Euro übrig haben, so kommen sie doch nicht umhin, an die Gläubiger zu denken:***

- Der Alarmruf, ein Bankrott Griechenlands mit seinen Folgeschäden für die griechischen und andere europäische Banken sowie für deren Kreditgeber in Europa und Übersee wäre „schlimmer als Lehman Brothers“ – der Zusammenbruch der amerikanischen Großbank im Herbst 2008, der im Rückblick als der eigentliche Auslöser der großen Finanzkrise gilt –, beschwört eine womöglich unbeherrschbare Katastrophenlage, sollte die EU auch nur ihren schwächsten Partner abschreiben.

Unabdingbar wäre auf jeden Fall eine Refinanzierung der „systemisch“ gefährdeten europäischen Bankenwelt, was auch nicht billiger wäre als die Finanzierung des griechischen Staatshaushalts.

#### **Zusammengefasst heißt der Befund der Staaten:**

Der Batzen Bankkredit, der kaputt geht, wenn die Schulden Gr. wertlos werden, ist *viel zu groß*, als das man ihn einfach platzen lassen könnte. An diesem Kredit hängt insgesamt viel zu viel Bankgeschäft, das dann mit gefährdet wäre. D.h.: Insgesamt, europaweit haben die Finanzmärkte viel zu viel Geldkapital geschaffen und die Geschäfts- wie die Staatenwelt damit versorgt, als dass dieser Reichtum kaputt gehen dürfte.

**Deshalb muss die krisenhaft offenbar gewordene *Über-Akkumulation* weitergehen.**

### **3. Dafür, dass das Geschäft der Banken nicht zusammenbricht, sondern weiter geht, da sind sich alle einig, kann in dieser Lage nur die Staatsgewalt sorgen.**

Aus den Kreisen der Hochfinanz selbst, aus den Redaktionsstuben ertönt der Ruf: Sorgt *ihr* dafür, dass die Banken nicht krachen und das Geld nicht kaputt geht. *Dass* das in der Krise die Aufgabe der Staatsmacht ist, finden alle Beteiligten so selbstverständlich, dass sich niemand ernsthaft fragt: Wie das? Es gibt lauter Beschwerden, dass die Politik zu viel, zu wenig, zu spät, das Falsche macht. Aber *dass* es an *ihr* hängt, was aus der Krise wird – das ist bei all diesen Beschwerden so selbstverständlich unterstellt, dass niemand wissen

will, was es eigentlich *ist*, was sie da macht.

**Dagegen mal zum gedanklichen Einstieg in das dritte Kapitel ein Aufmerker: Dieser Hilferuf hat bei Lichte betrachtet etwas extrem *Merkwürdiges*.**

Immerhin ist ja verlangt, dass die *gleiche* Instanz, deren Schuldtitel gerade in Zweifel gezogen werden, deren Kredit gerade *problematisch* wird, jetzt - schon wieder - als *Retter* dieses Kreditüberbaus auftritt.

Das ist allerdings zugleich absolut *sachgerecht*: Denn eine andere Instanz als die oberste Gewalt *über* den Kapitalismus gibt es in diesem schönen System nun einmal nicht, um dessen „Gesetzmäßigkeiten“ in Kraft zu halten und wieder in Kraft zu setzen. *Was* diese Gewalt da vermag – das steht auf einem anderen Blatt.

### C. Das europäische Krisenbewältigungsprogramm

#### Die Maßnahmen:

a) Die Staaten der Euro-Zone ringen sich nach längerem Gezerre zu einem *gemeinschaftlichen Kredit* für Griechenland über 109 Milliarden Euro durch, der der Regierung bis auf weiteres die Bezahlung fälliger Zinsen und die Einlösung fälliger Wertpapiere erlaubt.

Jetzt schon wieder aufgestockt (SZ)

b) Konditionen und zusätzliche Auflagen sollen sicherstellen, dass das Land sich längerfristig wieder für normale Finanzierungsgeschäfte qualifiziert: Die Kreditzinsen, die die Partner berechnen und kassieren, werden um einen Prozentpunkt auf 3,5 % gesenkt, die Laufzeiten auf 15 Jahre ausgedehnt.

Ein ganzes Bündel von Kontrollmaßnahmen und Hilfestellungen zur Steigerung der Staatseinnahmen und zur Durchführung von Sparprogrammen gibt den Weg zur Sanierung des Staatshaushalts vor.

**All diese Hilfen und Vorschriften soll bewirken, dass endlich „Ruhe an den Märkten“ einkehrt und auch anhält.**

c) **Neu** ist die Zumutung an die Bankenwelt, einen Teil der Kursverluste, die sie den griechischen Staatsanleihen im freien Handel längst zugefügt hat, nämlich 20 % des nominellen Werts **definitiv abzuschreiben**, die Schuldenlast des Staates also um diesen Anteil zu senken; alternativ die Laufzeiten zu verlängern und die Zinsforderungen zu reduzieren. **Garantien der Euro-Länder für die verbleibenden Forderungen sollen von den betroffenen Gläubigern als hinreichende Entschädigung für ihre Verzichtleistung akzeptiert werden.**

d) Weil die Zahlungskrise inzwischen andere Länder ergriffen hat und sich auf Italien und Spanien auszudehnen droht, beschließen die Regierungen zudem erneut und nachdrücklich die Abwehr jeder Spekulation gegen Euro-Staatsschulden durch den mit einer halben Billion Euro dotierten Stabilisierungsfonds.

Der soll solche Papiere nötigenfalls aufkaufen und überhaupt – was immer das am Ende praktisch bedeutet – zu einer Art Europäischer Währungsfonds ausgestaltet werden.

Außerdem inzwischen auch Banken kreditieren

Zur „Beruhigung der Märkte“ mutet die spanische Regierung ihrem Volk demonstrativ harte Sparprogramme zu; die italienische fasst noch demonstrativer entsprechende Beschlüsse.

**Daneben agiert die EZB schon immerzu am Rande – ihre Kritiker meinen: weit jenseits – ihrer Kompetenz: Sie kauft und beleih Staatsanleihen mit schlechtem Rating. An die Richtlinie, Staatshaushalte nicht direkt finanzieren zu dürfen, hält sie sich in der Form, dass sie nur in den Handel mit schon emittierten Papieren eingreift.**

Zugleich werden die Festlegung der bereits unterstützten Partnerstaaten sowie die Selbstverpflichtung der anderen auf eine **Haushaltspolitik**, die den Maastricht-Kriterien genügt und mittelfristig überhaupt ohne Neuverschuldung auskommt, bekräftigt.

**Also drei Punkte:**

**Gemeinsam** emittieren die Euro-Staaten eine riesige Masse neuer Anleihen.

**Die Bankenwelt** wird aufgefordert, sich an der Bewältigung ihrer Krise zu beteiligen - freiwillig.

Den Schuldenstaaten wird ein Sparprogramm härtester Güte verordnet – oder sie machen es gleich selbst -, dass deren Völkern eine neue Stufe der Verarmung aufnötigt – da ist von Freiwilligkeit weniger die Rede.

Diese drei Abteilungen zusammen sollen das Finanzkapital dahingehend beeindrucken, dass es seine Herunterspekulierei der Schuldtitel einstellt.

Diese Rettungsaktion hat zwei Seiten:

**Erstens: Was die europäischen Staaten da machen, ist erstens das, was Staaten in solchen Situationen immer machen.** Dazu will ich im Folgenden das nötige sagen.

**Zweitens machen sie es aber in einer besonderen Form:** Nämlich als diese seltsame politische Einheit namens Europa, die es einerseits ja gar nicht als einheitliche Staatsgewalt gibt; die aber – andererseits – gemeinsam betroffen und aufgefordert sind, weil sie ein *gemeinsames Geld* haben..

Letzteres verleiht der Rettungsaktion im Falle Europas ihre besondere Verlaufsform.

Um da ein wenig Klarheit zu stiften, will ich mal beide Punkte trennen:

- Also im Folgenden erst einmal charakterisieren, *was die Staaten da politök. machen;*
- und dann auf die *Besonderheiten* eingehen, die sich aus Europa ergeben.

**I. Erst einmal zu dem neuen Haufen Kredit. Was machen die Staaten da? In welcher Eigenschaft werden sie da als Kreditnehmer tätig?**

**Der Ausgangspunkt:** Es sind lauter Staatsschuldtitel im Umlauf und in den Vermögensbeständen der Banken, die entwertet sind bzw. sich weiter zu entwerten drohen.

**Gegen diese Wirkung des Bankgeschäfts bringt der Staat sich als besondere Art Kreditschöpfer ins Spiel.**

**Was die Branche normalerweise durch ihre Geschäftstätigkeit leistet:** Einfach indem sie mit den Papieren wirtschaftet, sie als Kapital, als Wertding verwendet und damit *praktisch* als solches anerkennt; genau das will jetzt an deren Statt der *Staat* leisten: Er tritt in Haftung, um den Wert der ökonomisch herabgewerteten Papiers *politisch* zu garantieren.

Die europ. Staaten schöpfen Kredit – oder unmittelbar Geld – rein für den Zweck, geschäftsuntauglichen Kredit zu ersetzen. Die Gründe, aus denen sie jetzt tätig werden, unterscheiden sich von den sonst üblichen: Nicht Kredit für Wachstumsförderung, sondern für Ersatz von kaputtem.

**Eine zweite Fassung des gleichen Prinzips:**

Die Notenbank wird am Markt aktiv; nicht wie sonst wg. stabiliem Geld und Konjunktur, sondern um die Kurse der Papiere zu stützen.

Hier betätigt sich die Staatsgewalt also als *hoheitliche Instanz*, die quasi *außerhalb* des *ökonomischen* Systems des Kredits steht, der Logik des Bankgeschäfts nicht unmittelbar unterworfen ist und als solche neuen Kredit schöpft und schöpfen kann. Sie ist als Quelle von neuem Geld deshalb als Einzige noch verlässlich, weil sie *getrennt von Bankgeschäft agiert*, in dessen Zirkel des Misstrauens *nicht unmittelbar befangen ist*.

**Genau so sind die Staaten gefordert – und so nehmen sich die Staaten auch dieser Herausforderung an.**

**2. Andererseits benutzen sie dabei genau die Geschäftsgepflogenheiten der Finanzmärkte:**

a) Die neuen Anleihen, mit denen der Rettungsschirm finanziert wird, sind wieder Angebote ans Finanzkapital, die *die* als Kapital anerkennen und vermarkten sollen. Und wenn die Notenbank direkt Papiere kauft, stattet sie in dem Umfang wieder das *Finanzkapital* mit neuem Geld aus; was das dann als Geschäftsmittel taugt, hängt wieder davon ab, was *die* damit anstellen.

**Das ist erst einmal der grundlegende Widerspruch jeder dieser Staatsaktionen: Der „außerökonomische“ Eingriff in die Märkte folgt genau dessen Prinzipien. Das ist so gewollt: Die Aktion der Staaten will die Logik kap. Finanzgeschäfts ja nicht außer Kraft setzen, sondern im Gegenteil wieder zur Wirksamkeit bringen.**

**Und die Märkte sind geradezu *aufgefordert*, diese neuerlichen Statsschulden dem Test zu unterziehen, den sie schon die ganze Zeit machen. Ihrem spekulativen Urteil bleibt es wieder überlassen, ob sie auf die staatliche Garantiemacht vertrauen oder weiter ihr Misstrauen gegen die SS betätigen.**

**b) Gehen tut diese Aktion überhaupt nur deshalb, weil die Staatsgewalt in der Tat**

der einzige Akteur in Finanzwesen einer Nation ist, dessen *Macht* zur Kreditschöpfung *nicht* unmittelbar vom Erfolg der damit bewerkstelligten Geschäfte abhängt.

- **Erstens** beruht diese Macht auf der *Herrschaft über* ein ganzes kapitalistisches Geschäftsleben; also auf einer *hoheitlichen* Verfügung über Finanzquellen und nicht, wie bei einer Bank, unmittelbar darauf, was das Geschäft *mit* dem Geld an Erträgen bringt. Genau das macht den Staat ja normalerweise fürs FK gerade zu so einem *sicheren* Schuldner!

- **Zweitens** ist der Staat selbst letzte Quelle des umlaufenden Geldes: Er emittiert das nationale gültige Zahlungsmittel und hat es in der Hand, selbst das Quantum dessen zu bestimmen, das er da emittiert.

**Andererseits: Kaum machen die Staaten das, macht sich die andere Seite des Widerspruchs sofort geltend:**

Ob Staaten bzw. in welchem Verhältnis sie neue Schuldtitel emittieren, um die alten abzusichern, oder die Notenbank einfach Schuldtitel aufkauft: Der neue Kredit, den er da schafft, wird gleich wieder dem kritischen Gesichtspunkt unterworfen, was der als Geschäftsmittel für diejenigen taugt, die durch ihr Geschäft dafür sorgen (müssen), dass als diesem Geld Kapital wird, echtes Geldvermögen.

**So wird in Erinnerung gebracht, dass der Staat mit seiner Geldschöpfung eben *doch nicht außerhalb des Kreditsystems* steht.** Dass die Frage, was der ganze *neue Kredit*, den der Staat da auflegt, Wert ist, doch schon wieder vom Urteil der Finanzmärkte abhängt, vom Gebrauch, den *sie* von diesem Geld machen.

(Alberne Fassung davon: Geheimhaltung...)

**So treten die Staaten dem FK gegenüber: Als Instanz, die *ihnen* eine kreditbewehrte Garantie ihrer Schuldtitel anbietet und von ihnen erwartet, dass sie sie entsprechend würdigen.**

**3. Genau das ist auch der *Grund* für den 2. Punkt des Pakets: Für den vielbeschworene freiwillige Beteiligung der Banken.**

Weil es eben letztlich an *deren* finanzkapitalistischer Kalkulation hängt, ob die Rechnung der Staaten mit dem RS aufgeht, ob deren Garantieerklärung den Märkten reicht. Deshalb sollen die Vertreter dieser Märkte ein Stück weit schon *vorweg* ihr Einverständnis mit einem Stück kollektiv beschlossener Entwertung abgeben und sich bereit finden, ihre Kreditlinien unter den Bedingungen zu verlängern.

**„Freiwillig“ das ist hier so *wichtig*, weil die Banker damit zu Protokoll geben sollen, dass die staatliche Krisenmanagement zu *ihren Berechnungen passt* und deshalb die *Chance hat*, das nötige Vertrauen zu stiften. Dem kann man ein **Doppeltes entnehmen: Die Staaten sind auf das *Gelingen* des Geschäfts des FK schwer angewiesen.** *Deren* Werk ist es, Deutschland kreditwürdig zu erhalten und den Euro stabil. Das Problem ist nur: Die gute, nützliche Beziehung, die Staaten und FK in guten Zeiten zueinander haben: Die einen leihen sich Geld, die anderen machen mit dem Staatskredit gute Geschäfte – die ist ja nun gerade kaputt.**

**Die Staatenlenker müssen also mit ihrer Kredithoheit einerseits *machtvoll* auftreten, um mit ihren Garentieanstrengungen glaubwürdig zu sein. Und zugleich müssen sie sich mit ihren Anstrengungen an nichts anderem orientieren als an den Berechnungen derer, die wieder deren Geschäft wieder gelingen soll.**

**Allgemein gilt: Was immer die Staaten hier machen: *Den* Widerspruch werden sie nicht los. Dieser Widerspruch erfährt seine Zuspitzung jetzt, in der Krise der Staatskredits:**

**Es war ja schon widersprüchlich genug, was der Staat in der ersten Runde Rettung gemacht hat:**

- Da hatte die souveräne Gewalt über einen Kapitalstandort herzugeben, was der Kapitaleinsatz am Standort *selber* nicht mehr geleistet hat, nämlich für den Wert, und das heißt: für die Ertragskraft einer Unmasse von Schuldpapieren gerade stehen.

- **Mit der neuen Runde Rettung machen die Staaten *den* Widerspruch komplett.** Denn was die Staatsgewalt an Geld zu mobilisieren vermag, ist ja wieder nichts anderes als Kredit, also eine Vermehrung

genau der öffentlichen Schulden, die die Finanzwelt als den derzeit größten Unsicherheitsfaktor für ihr Geschäft einschätzt und selektiv entwertet.

**Also: Dieselbe Instanz, die mit zuverlässiger Zahlungskraft für die Finanztitel bürgen soll, an denen der Reichtum der Geschäftswelt hängt, und die auch als einzige dafür bürgen kann, hat nicht bloß kein Geld, sondern verliert gerade ihren Kredit. Mit Geld, das sie nicht haben, müssen die politischen Souveräne sicherstellen, dass die Akkumulation im Finanzgewerbe weitergeht, die deren Urheber und bisherige Nutznießer als *Über-Akkumulation* verwerfen.**

## II. Krisenbewältigung als innereuropäische Konkurrenzaffäre

### 1. Für die europäischen Staatenlenker stellt sich dieser Widerspruch allerdings anders dar.

Denn es *ist ja gar nicht so*, dass die Staaten von der Krise alle in gleicher Weise betroffen wären:

*Einerseits* gehen auch Merkel und Co. davon aus, dass die prekäre Lage – irgendwie – sie *alle* betrifft, also *allgemeiner Natur* ist.

Dass das Zuviel an Staatsschulden also nicht nur dort zuhause ist, wo das FK die Schuldtitel schon runterspekuliert hat, sondern irgendwie schon überall. Insofern schließen sie sich durchaus der Diagnose ihrer Fachwelt an, die die allgemeine Überschuldung der Staatshaushalte im Euro-Raum – und anderswo – als den *letzten Grund der Krise* identifiziert. Als schlechte Schuldner gelten nur die einen; die anderen haben bei den Finanzmärkten noch jede Menge Kredit.

**Da sortiert das FK ganz eindeutig: Staaten wie Griechenland etc. kommt der Kredit abhanden; auf der anderen Seite steht an 1. Stelle Deutschland, das in Sachen Kredit bombig da steht.**

**(dt. Kabinett verabschiedet Rettungsschirm – Euro steigt...)**

*Die einen* finden sich in die Rolle von Bittstellern gedrängt, die bei ihren Partnern um Kredithilfe nachsuchen müssen, und versuchen, denen klar zu machen, dass ihr Problem ein allgemeines ist.

*Die anderen* sehen sich genötigt, mit ihrem, noch unbeschädigten Kredit für den der Schwachmänner zu haften – damit ihr eigener nicht auch zu Schaden kommt.

**Dass die Krise diesen Verlauf hat: Das liegt an der Konstruktion des Euro:**

(da fehlt jetzt was; da muss man ein paar Takte zur Trennung zwischen Geldhoheit und nationaler Wachstums- und Verschuldungspolitik sagen)

...

### 2. So nehmen die Führungsnationen denn auch die Krise zur Kenntnis: nämlich als *Konkurrenzaffäre*.

**In Europa** nimmt die Krise des Staatskredits die Verlaufsform an, dass die in Kreditfragen nach wie potenten Staaten dafür sorgen müssen – und aus den oben angeführten Gründen auch wollen –, dass die Schulden der zahlungsunfähigen Staaten nicht ihr europäisches Gesamtkunstwerk beschädigen.

#### a) Das finden die einerseits *absolut notwendig*, andererseits eine *Zumutung*.

*Notwendig*, insofern nur sie mit ihrem Kredit dazu in der Lage sind.

**Eine Zumutung**, insofern sie aus der Sicht von Merkel und Co. jetzt etwas tun müssen, was in der Euro-Zone nicht nur nicht vorgesehen, sondern eigentlich überhaupt verboten war: Die ökonomisch mächtigen Staaten müssen für den Kredit der europäischen Verliererstaaten eintreten, wenn ihre eigener nicht beschädigt werden soll.

**Deshalb beharren sie auch und gerade in der Krise darauf, dass der Kredit, den sie jetzt zusätzlich auflegen, ihnen, den finanzstarken Nationen, nützen, sich für sie lohnen muss.**

- **Lohnen nicht bloß in dem schlichten ökonomischen Sinne:** Was heißt das eigentlich für die Finanzmacht Deutschlands, wenn es sich herbei lässt, Griechenland zu „helfen“?

- **Sondern lohnen auch in dem weitergehenden Sinne:** Wie lässt sich die Krise nutzen, um ein neues, *politisches* Verhältnis der Über- und Unterordnung der Staaten in Europa herbeizuregieren?

**Da sieht man mal ganz handfest, was es *praktisch* heißt: Das Geschäft des Finanzkapitals ist die ökonomische Basis der Staatsmacht.** In diesem Sinne schwingen sich Merkel und Co. zu Rettern der

Eurozone auf: Als Führer eines Staates, der weiterhin im Besitz einer unbestrittenen Finanzmacht ist. Die nutzen sie als *Erpressungsmacht* - gegenüber den Staaten, denen das FK den Kredit entzogen hat. Denen wird jetzt vorbuchstabiert, wie sie zukünftig mit ihrem Haushalt und ihrer Wirtschaft umzugehen haben, damit Europa aus der Krise kommt.

**Die Rettung des europäischen Kredits ist zwar schon irgendwie ein Gemeinschaftswerk und muss es auch sein; das findet aber statt als härteste Konkurrenzaffäre.**

**Von Deutschland her gesehen: Die Rettung der faulen Fuffziger darf unseren Kredit nicht beschädigen und muss unsere Führungsposition in Europa stärken. So ziehen sie das durch.**

**II. Deswegen ist die Aktion mit dem Rettungsschirm auch nicht fertig. An Gr et al. wird exekutiert, was es heißt, einen Pleitestaat so herzurichten, dass kap. Geldanlage bei ihm wieder lohnend erscheint.**

**Warum ist das unbedingt nötig?**

**1. Die Staatsgewalten sind sich und den Finanzmärkten handfeste Beweise schuldig, dass sie nicht nur mehr Schulden machen, sondern sich mit aller Macht um die Wiederherstellung der verloren gegangenen Kreditwürdigkeit kümmern.**

a) Mal so gefragt: Was leistet denn der Rettungsschirm für Gr.?

**Streng genommen: nichts. Er leistet was fürs Finanzkapital: Die entwertende Wirkung ihre eigenen Spekulation auf ihr Kapitalvermögen wird ein Stück weit sistiert.**

**Das passiert so, das Griechenland seine Schulden zu größten Teilen erhalten bleiben. Sie werden nicht gestrichen:**

- Vielmehr durch Kredite der Partner zum Teil *abgelöst*, d.h.: Gr. ist nicht mehr Schuldner des FK, sondern der anderen Euro-Staaten. Zum Teil werden sie in ihrem – etwas reduzierten – Wert als Kapitalvermögen des FK *garantiert*.

In den anderen Fällen bestätigen Kredite zwischen den Staaten bzw. die in Aussicht stehenden Kredite des Stabilisierungsfonds den Wert der fragwürdig gewordenen Anleihepapiere, **also die Tauglichkeit der darin bezifferten Schulden als Kapitalvermögen.**

**Und was hat Gr davon? Es ist nicht zahlungsunfähig. Na toll.** Das heißt ja nur umgekehrt: Alles Geld, das es hat oder bekommt, hat für die Bedienung der aufgelaufenen Schulden bzw. - damit komme ich zum zweiten Punkt – für die Wiederherstellung seiner Kreditwürdigkeit herzunehmen.

**2. Mit dem Stabfond bekennen sich die Euro-Staaten also einerseits schon dazu,** dass die Kredite, die das Finanzkapital an die Randstaaten der Euro-Zone vergeben hat und denen nun als Überschuldung zur Last legt, die *gemeinsame Sache aller Euro-Staaten* und von ihnen gemeinsam zu verantworten sind.

a) **Konstruiert ist die Finanzhilfe jedoch so, dass das Gegenteil eines solchen Eingeständnisses herauskommt:**

**Die Partner der unterstützten Staaten agieren als deren neue Gläubiger. Als Garanten und Eintreiber von deren Schulden; als Aufsichtsmacht darüber, dass sie alles tut, um wieder zahlen zu können.**

**Den Finanzmärkten, die ihnen die benötigten Finanzmittel leihen, also die auszugebenden Anleihen abkaufen sollen, rechnen sie vor, dass diese Kredite durch Forderungen an die Schuldnerstaaten gedeckt sind.**

b) **Das heißt allerdings auch: Von der Glaubwürdigkeit dieser Garantie hängt der Wert dieser Titel jetzt ab.**

An die Stelle des faulen Schuldners tritt der Stabilisierungsfonds bzw. das Kollektiv der Staaten, die für den haften.

**Das hat nach aller finanzkapitalistischen Logik Folgen für deren Kredit:**

In die Bewertung der Kreditwürdigkeit der **Garantie-Staaten** geht nun der Gesichtspunkt mit ein, dass die ihr ohnehin schon allzu hohes Schuldenkonto mit ihren Hilfgeldern für bankrotte Partner und mit ihrer Bürgschaft für den Wert von Ramsch-Papieren zusätzlich belasten.

Das ist übrigens der ganze Grund für den und der Gehalt des innenpolitischen Streits... Wie erhalten wir die

deutsche Euro-Kreditmacht - besser mit oder ohne Gr?

Weil es auf diese Frage gar keine richtige Antwort gibt – siehe Pkt 1

Das Ganze aber als zwischenstaatliche Konkaffäre abgewickelt wird

deswegen streiten sie so erbittert...

**c) Eines gilt auf jeden Fall:**

**Umso dringender** ist es in den Augen der neuen Gläubigerstaaten, dass *ihre* neuen Schuldner sich neu zur Anlagesphäre fürs Finanzkapital herrichten. Dass *sie* jetzt die Garantie dieser Schulden übernommen haben, also *selbst* nun vom FK daran gemessen werden, was *sie* für deren Werthaftigkeit tun – das berechtigt sie nicht nur, das macht es auch unbedingt *nötig*, dass *sie* es in die Hand nehmen, dass die Pleitestaaten wieder geschäftstauglich werden.

Was sonst das FK mit seiner Spekulation gegen die Schuldtitel eines Staates erledigt: Es nötigt ihm ab, umso energischer zu beweisen, dass es den Kredit verdient, den es braucht – *das* übernimmt in Europa das Regime der Aufsichtsmächte. Ihre „harten Auflagen“ *vollstrecken* das Urteil des FK: Nicht kreditwürdig.

Das alles natürlich in der besten Absicht, dass das Kapital wieder Gefallen am Gewinnemachen in diesen Weltgegenden findet...

So geht die Krise in ihre nächste Etappe.

### III. Die Leistung des Gemeinschaftswerks der Euro-Staaten: Verschärfter Konkurrenzkampf

1. Dass die gemeinsame Rettungsaktion der Euro-Staaten den Rettern schadet, liegt in der politökonomischen Natur der Sache.

Wie der Schaden *sich verteilt* – wer wie von der Krise profitiert, wer den Schaden wie zu tragen hat - das folgt daraus, wie die beteiligten Nationen mit der Krisenlage umgehen – also aus ihrer *Konkurrenz*.

Neue, verschärfte Stufe der Konkurrenz:

1. Jetzt erst recht wollen und müssen die kreditierenden Staaten – Deutschland allen voran - dem Finanzkapital *beweisen*, dass *sie* mit ihrer Wachstum und ihrer Wirtschaftspolitik das Vertrauen der Märkte verdienen, das sie zur Rettung von Gr et al strapazieren.

In diesem Sinne werden dt. Politiker nicht müde, die wunderbaren Wachstumsraten der dt. Wirtschaft und seines Exports herauszustreichen und sich für die niedrigen Zinsen zu loben, zu denen Dt. seine Anleihen bei den Finanzern loswird.

Dieser Konkurrenzvorteil soll auf jeden Fall *bleiben*. Deswegen kommt es für sie auch nicht in Frage, ihre starke Stellung an den Finanzmärkten zu vergemeinschaften, wo die ihnen doch gerade ein so großes Investoren-Interesse und so schön niedrige Zinsen einbringt: Das lehnen sie strikt ab. „Keine Transfer-Union!“ ist ihre Kampfparole. Und Gemeinschaftsanleihen – Euro-Bonds –, die die Zinsdifferenzen zwischen den Partnern einbrennen, also einen wichtigen Konkurrenzvorteil neutralisieren würden, kommen nicht in Frage.

Schäuble: weiß dafür eine schöne Begründung: Zinsdifferenzen als Erziehungsmittel!

Also:

Gegen *das* Ergebnis der Krise - dass sich die europäischen Staaten in Krisengewinnler und Krisenverlierer sortieren, haben Merkel und Co. gar nichts. Ganz im Gegenteil; das geht für sie voll in Ordnung.

Dass aber die *Wirkungen* dieser Sortierung der Euro-Staaten *sie* auch noch was kostet, evtl. ihr ganzes schönes Europa-Projekt kaputt macht - *das* ist der Stein des Anstoßes!

Also muss dafür gesorgt werden, dass uns das *möglichst wenig* kostet – und dass der Kredit, der dafür aufgewendet wird, auf jeden Fall *Deutschland* nutzt.

2. D.h.: Alles, Was im Zuge der Krisenabwehr an Gemeinschaftskredit und Relativierung des

**Konkurrenzkampfs um nationale Finanzmacht zustande kommt, haben die dadurch begünstigten Partner sich zu verdienen.**

Also: Konkurrenz nicht nur, indem *im Lande* alles dafür getan wird, dass Deutschland sich seine starke Stellung als Exportweltmeister sichert; *gegen* alle anderen Nationen.

Konkurrenz *unmittelbar nach außen*, gegen die schwächeren Partner: Die haben mit *ihrer Haushaltspolitik* zu beweisen, dass *sie* das Vertrauen der Märkte zurück gewinnen können:

**Die deutsche Führungsmacht sagt ihnen, wie:**

**Für alle gilt der Imperativ, auf einen ausgeglichenen Haushalt hinzuwirken.**

**Das heißt aber für Deutschland etwas ganz anderes als für Griechenland, Spanien etc.**

- Dt. *hat* Kredit, nutzt ihn nach Kräften für die Förderung der nationalen Wachstumsquellen.

- Für alle, deren Zahlungsfähigkeit durch die Märkte in Frage gestellt wird und durch den Stabilisierungsfonds gesichert werden muss, wird aus dem Imperativ ein **ökonomischer Sachzwang**

**Der wird als durchgreifendes politisches Regime über die überschuldeten Haushalte ausgestaltet:**

**Was das heißt, darf Griechenland exemplarisch vorführen:**

Der Staat muss seinen Apparat abbauen; am unentbehrlichen Rest an Personal Gehaltszahlungen einsparen; mit dem Verkauf nationaler Besitztümer – Unternehmen in öffentlichem Eigentum, notfalls auch Staatsgebiet – Einnahmen erzielen; und vor allem: das Volk in der umfassendsten Weise, von der staatlich organisierten Bildung bis zum Aufwand für Alte und Kranke, billiger machen und zugleich mit höheren Steuern und unnachsichtig eingetriebenen Abgaben schröpfen; EU-Beamte helfen dabei.

Klar: Ein solches Programm würgt jedes Wirtschaftswachstum ab, verkehrt es ins Minus und verschlechtert so das Verhältnis zwischen Wirtschaftsleistung und Staatsverschuldung nur noch weiter. Das hat sich unter Experten und Verantwortlichen herumgesprochen, das müssen wir ihnen nicht sagen. Das gilt aber als Dilemma, das **nicht zu vermeiden ist**. Ein Staat, der kein Geld hat, kann eben auch nichts fürs Wachstum tun; Punkt.

**3. Zu bewältigen ist das Dilemma nämlich schon;** die deutsche Bundeskanzlerin weiß, wie das geht, und belehrt ihre erfolglosen Kollegen gerne darüber:

**Das Stichwort heißt: Die Nationen, die mit ihren Staatshaushalten „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, müssen sich *wettbewerbsfähig* machen.**

Und das geht nur, aber ganz sicher so, wie der Musterfall BRD es allen anderen seit langem vormacht: Wettbewerbsfähig wird eine Nation durch unschlagbar *niedrige Lohnstückkosten*, flächendeckend über alle wichtigen Branchen.

**Es ist schon bemerkenswert, wie direkt und unbefangen die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft das banale Geheimnis des Reichtums in ihrem Laden aufsagen: Rentable Arbeit, produktiv und billig; Lebensstandard und Arbeitsleistung eines ganzen Volkes, gemessen in einer Ziffer, die die Erfolgsquote kapitalistischer Ausbeutung misst; Lohnarbeit, als Waffe im Konkurrenzkampf der Unternehmen und Nationen erfolgreich angewandt: Das ist die alles entscheidende Quelle des Reichtums der Nation und die Basis der Finanzmacht, die das Kreditgewerbe schafft und der Staat benutzen kann.**

**Bemerkenswert ist freilich ebenso der Zynismus, mit dem Deutschland sich in der Hinsicht seinen unterlegenen Partnern als Vorbild empfiehlt:**

**Denn: „Wettbewerbsfähig“ heißt eben bei denen:** Nicht mit überlegener Produktivität, sondern mit Senkung des Lebensniveaus pur, *absolutem* Billigangebot als Löhnen, keine staatlichen Auflagen etc. sich *auswärtigem Kapital* und Banken als Kreditgeber, vornehmlich deutschen, *als Anlage empfehlen*.

**Das kommt dann als Hilfe daher!**

So, mit Sonderangeboten ans Kapital, absoluten Billiglöhnen, sollen die konkurrieren – dan finden sich schon die Anleger, die zugreifen.

**Denn soviel steht ja fest: Wenn das FK einem Staat sein kostbares wieder Geld leihen soll, dann kann es ja wohl von dem ordentliche Wachstumsraten erwarten...**

So soll der Imperativ **Sparen!** *zugleich* ein Ergebnis erzielen, das Griechenland etc. wieder für **Kapitalanlage benutzbar macht.**

Gleichzeitig macht die Kanzlerin ganz klar, dass Deutschland eine Einebnung der Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Nationen – eine „Nivellierung auf Mittelmaß“, wie es polemisch heißt – entschieden ablehnt.

**Also alles daran setzt, seinen Vorsprung zu wahren.**

Den Konkurrenzkampf um Märkte und das Geld der Welt, nicht zuletzt um die von keiner Währungsschwankung bedrohten Euros der schwächeren Partner, gedenkt die Berliner Republik weiterhin so eindeutig wie bisher zu *gewinnen*, damit wahr bleibt, was die Kanzlerin der offenen Worte ihrem Volk verspricht: Alles, was Deutschland für den Euro tut, „*kommt um ein Vielfaches zurück*“.

**Die Aufforderung an die Partnerländer, sich um Wettbewerbsfähigkeit zu bemühen, ist die Einladung zu einem ökonomischen Kräftemessen, das schon entschieden ist und nach dem festen Willen der deutschen Regierung nur immer einseitiger zum Vorteil der eigenen Nation ausgehen wird.**

### 3. Der Widerspruch daran:

**Wie Europas Champions der Wettbewerbsfähigkeit von ihren unschlagbaren Lohnstückkosten auf ewig weiter profitieren sollen, wenn sie ihre Kundschaft in Euroland auf staatliche Sparprogramme mit Ausverkauf der nationalen Ressourcen und flächendeckender Verelendung der Völker festnageln: Das steht auf einem anderen Blatt.**

**Und das ist in Wahrheit keine Frage:**

Denn der Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftserfolg der Führungsmächte Europas und der Überschuldung der Peripherie lässt sich zwar leicht *ignorieren*; das beweist ja die Berliner Regierung mit ihren Sprachregelungen.

**Aber das ändert nichts daran:** Die Länder, die von den Märkten jetzt als mehr oder weniger heillos überschuldet eingeschätzt und behandelt werden, haben am europäischen Binnenmarkt die Rolle von **Absatzmärkten** für auswärtiges Kapital mit überlegenen Lohnstückkosten gespielt.

Sie haben sehr einseitig **als Quelle *auswärts* verbuchter Profite** fungiert, weil sie sich in der innereuropäischen Konkurrenz ums Geld der anderen immer weniger haben durchsetzen können. Und sie haben diesen **Dienst an der Wirtschaftsmacht ihrer Partner** ziemlich dauerhaft geleistet, weil sie dafür, selbstverständlich auf eigene Rechnung, nämlich gegen pünktlich entrichteten Schuldendienst, *Kredit* bekommen haben.

**Mit ihren Schulden haben sie zur Akkumulation von Geldkapital im europäischen und weltweiten Kreditgewerbe beigetragen**

*und* zur Akkumulation von Markterfolgen auswärtiger Firmen. **Auf beiden Wegen haben sie die überlegene Finanzmacht der Führungsnationen *gegen sich* gestärkt.**

Die *Über*-Akkumulation von Staatsschulden, die diesen Ländern jetzt bescheinigt wird, ist das Werk und Index des Erfolgs der Finanzinstitute, Industrie- und Handelskapitale und Staatsgewalten in den so potenten Nachbarländern.

**Diese überlegenen Konkurrenten sind nun in Griechenland, Italien etc. mit den Konsequenzen ihrer eigenen Konkurrenzenerfolge konfrontiert:**

In den Zahlungsschwierigkeiten ihrer Partner begegnen Deutschland & Co dem überschießenden Wachstum ihrer eigenen Industrien und des Kreditgewerbes, das dieses Wachstum finanziert und selber fabriziert hat.

Dass *sie* mehr Kapital und Kredit akkumuliert haben, als die Märkte noch für lohnend verwendbar befinden, *legen sie den Schuldnerstaaten als Überschuldung zur Last*;

**das Ergebnis schlägt aber notwendigerweise auf die erfolgreichen Macher dieses Wachstums zurück.**

Zum einen als Schuldenkrise, deren Gang die Führungsmächte der Euro-Zone mit eigenen Kreditgarantien unterbrechen müssen, wenn sie nicht den Zusammenbruch ihres ganzen Systems riskieren wollen, und die so, nämlich mit immer mehr Staatsschulden, weiter ihren Gang geht.

Zum andern bekommen sie es mit den Folgen der Sanierungsmaßnahmen zu tun, die sie ihren schwachen Partnern auferlegen. Denn natürlich dezimieren die Sparorgien die Zahlungsfähigkeit, die das Wachstum in den erfolgreichen Ländern befeuert hat.

So führen die maßgeblichen Chefs der EU mit ihrer *politischen Gewalt* ungefähr eben die Streichung von Geschäftsvolumen in allen möglichen Bereichen herbei, an der sie mit ihren Kreditgarantien das *Finanzgewerbe* zu hindern suchen.

**Das Ganze darf man dann in der Zeitung lesen als: Wachstum der deutschen Exportwirtschaft kann nicht so weiter gehen wg nachlassender Nachfrage im Ausland. Die belegen die ausw. Märkte mit Beschlag und beklagen dann deren schrumpfende Aufnahmefähigkeit . Als wäre die so etwas wie eine äußerliche Bedingung fr den Absatz deutscher Waren; als läge diese nachl Nachfr nicht daran, dass dt. Kap. soviel Gwschäft gemacht haben, dass es nun nicht mehr weiter geht.**

**Die Verrücktheit einer Produktionsweise, in der Reichtum nur welcher bleibt, wen er ständig mehr wird!!**

**Zusammengefasst: Was Gr und Co. für Dt zu leisten haben:**

*Als Verlierer* sollen ihnen mit ihren Schulden nicht schaden, sollen deshalb praktisch mit ihrem Abbruchprogramm beweisen, dass sie keinen Kredit verschwenden, sondern alles für dessen Solidität tun.

**Genau so und dadurch sollen sie weiterhin und verschärft als verlässliche Anlagesphäre für Kapital und Kredit aus Deutschland zur Verfügung stehen, als ökonomisches anhängsel deutscher Finanz- und Kapitalmacht.**

(Folgenden letzten Punkt habe ich nicht mehr erzählt, ist ohnehin schon zuviel...)

#### **IV. Die Krise als politische Chance – für ein Europa des Kapitals, wie Deutschland es sich wünscht**

Mit ihrer Krisenintervention treiben die Euro-Staaten die Finanzkrise ins fünfte Jahr und in eine neue Phase; *zum Schaden für alle*. Aber das ist bloß der *politökonomische* Inhalt ihrer Aktion.

**Zuguterletzt haben dt. Politiker noch eine „Stabilitätsunion“ auf die europäische TO gesetzt. Die muss unbedingt her, wenn Europa zukünftig gegen Krisen gewappnet sein will. Was verlangen die da?**

Das Maßnahmenpaket soll die Aufsicht der Führungsnationen über die Haushalte der anderen rechtlich zementieren und damit *das ganze Projekt der* Einigung Europas entscheidend voranbringen.

**Denn das wollen die maßgeblichen Politiker der Union aus der Krise gelernt haben:**

- dass eine Währungsunion nicht zu machen ist, ohne dass die Partner sich an der deutschen Haushaltsdisziplin ein Beispiel nehmen;
- und dass mit einer solchen Disziplin nicht zu rechnen ist, wenn sie nicht rechtlich verbindlich gemacht und ein von deutscher Seite inspiriertes und am besten auch gleich dirigiertes Regime über die Haushaltspolitik der Partner vereinbart wird.

**Im Programm ist demnach nicht weniger als die irreversible Festlegung aller Euro-Staaten auf die fortentwickelte kapitalistische Staatsräson, die mit der Konstruktion der Währungsunion und dem Statut der EZB vorgezeichnet ist.**

Danach soll in der Union gelten, dass sich jeder staatliche Schuldschein durch seinen Dienst am Wachstum des Finanzkapitals zu rechtfertigen hat;

Es soll sichergestellt sein, dass das Geld der Gemeinschaft jeder unproduktiven Verwendung in den Schuldenhaushalten der Länder entzogen ist.

**Und diese Festlegung soll nicht mehr dem souveränen Beschluss der Höchsten Gewalten anheim gestellt sein, also nach deren Bedarf und Ermessen auch modifiziert werden können. Sie soll vielmehr als fest institutionalisierte Pflicht und unter wirksamer Strafandrohung die nationalen Souveräne binden.**

(Merkel: „Jenseits von tagespolitischen Entscheidungen.“ Klartext:

Mal eine interessante Auskunft über Demokratie: Wählen dürfte ihr, was die Regierungen machen, sagen wir!)

Gelingt die, dann wäre die Zugehörigkeit zum Euro-Club gleichbedeutend mit der Unterordnung der insoweit entmachteten Staatsgewalten unter Marktwirtschaft in Perfektion als Staatsräson. Staat als Vollzugsorgan der Macht des Geldes pur – keine Abweichungen mehr zugelassen – alles im Dienste

*Europas.*

Die Strategien ihrer Politik zur Krisenbewältigung und -prävention machen deutlich, *was für ein Europa* die politischen Macher der Union wollen.

**Die sehen in der Krise und der Notlage so vieler Mitglieder eine Chance, die sie nutzen wollen; einen produktiven Sachzwang – produktiv für die Verfassung, die sie für Europa anstreben, und für die Verteilung der Macht zwischen den Staaten, die sich dieser Verfassung unterwerfen sollen.**

So betreiben die Führungsmächte Dt und Fr die radikale marktwirtschaftliche Formierung Europas. Mit jedem Fortschritt im Einigungsprozess bringen die *sich* als maßgebliche und immer maßgeblichere Entscheidungsträger ins Spiel. Dummerweise müssen die anderen dabei immer noch mitspielen. Aber die Krise bietet die Chance, dass sie mitspielen müssen; nach den Regeln, die Deutschland und Frankreich ihnen vorgeben. Denn die zwei Mächte betreiben in zäher Konkurrenz untereinander gemeinsam die *friedliche Eroberung des Kontinents*, die ihnen gegeneinander nicht gelingen könnte.